Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Spendenkonto
DPG – IBAN DE90 3706 0590 0000 3392 10

Rundbrief November IV 2023

Erklärung: Den Horror in Gaza beenden **medico international**

Israel wird durch die Verbrechen der Hamas nicht seiner eigenen völkerrechtlichen Verantwortung entbunden. Der Krieg muss enden.

medico international arbeitet seit Jahrzehnten mit Partnerorganisationen in Israel und Palästina. Wir haben in dieser langen Zeit unserer Zusammenarbeit, die meist mit politischen Minderheiten im jeweiligen Kontext stattfand, vieles versucht. Vieles ist gescheitert oder halb geglückt. Wir standen dabei immer auf der Seite der Unterdrückten und gleichzeitig auf der Seite der Idee von Verständigung und der Suche nach einer nicht-nationalistischen Perspektive.

Trotz dieser Erfahrungen mit politischer Gewalt und der Gewöhnung an Rückschläge und Niederlagen, die zuallererst die Realität unserer Partner:innen ist, stellt alles, was seit dem 7. Oktober geschehen ist, die herkömmlichen Strategien, Gewissheiten und Sicherheiten in Frage. Wir hören Horrorgeschichten von Tod, Gewalt und Verzweiflung, die kaum auszuhalten sind, obwohl wir sie nicht selbst durchleben müssen.

Auf der Flucht vor den Bomben. (Photo: Mohammed Zaanoun/Activestills)

Wir stehen auch heute an der Seite unserer Partner:innen in Israel und Palästina, so gut, wie das gerade möglich ist. Und es ist nicht gut möglich. Denn sie sind verzweifelt, am Ende und todtraurig. Sie sind umgeben von Angst und Tod. Sie schlafen nicht, haben keinen Strom und es explodiert tagtäglich die Welt um sie herum. Sie versuchen und mit ihnen wir, sich nicht der herrschenden Kriegslogik und den falschen Dichotomien zu beugen. Doch das heißt nicht, dass wir unparteiisch wären, im Gegenteil.

Und deshalb sprechen wir jetzt und heute von Gaza, von dem die ganze Zeit gesprochen wird und über dem dennoch ein unerträgliches Schweigen liegt. Und wir sprechen mit Dringlichkeit, denn der Horror von Gaza findet jetzt statt. Er ist kein Ereignis der Vergangenheit, er ist ein Geschehen. Und er muss aufhören. Sofort.

Fast alle Argumente, die vor zwei, drei, vier Wochen vielleicht noch überzeugend waren oder klangen, sind es heute nicht mehr. Israels Armee ist außer Kontrolle, außerhalb der Verhältnismäßigkeit und außerhalb völkerrechtlicher und wertegeleiteter Bahnen. Die Menschen in Gaza durchleben seit Wochen die blanke Hölle und kein Tunnel unter ihnen rechtfertigt die Fortsetzung dieses Albtraums. Seit dem 7. Oktober finden flächendeckende Angriffe auf alle Teile Gazas statt, die etwa die Hälfte aller Wohnhäuser beschädigt, zerstört oder bis auf weiteres unbewohnbar gemacht haben. 1,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht, so viele wie noch nie in Palästina. Sichere Zufluchtsorte gibt es nicht, bombardiert wird überall. Ganze Familien werden durch Luftangriffe ausgelöscht.

Das vorläufige Ergebnis: Binnen vier Wochen sind in Gaza mehr als doppelt so viele Frauen und Kinder dem Kriegsgeschehen zum Opfer gefallen, wie in der Ukraine seit Kriegsbeginn durch Verbrechen der russischen Armee den Tod fanden. Fast 11.000 Menschen sind bei israelischen Angriffen getötet worden, etwa 68 Prozent davon Frauen und Kinder. Schätzungsweise 2.650 gelten als vermisst, auch davon etwa 1.400 Kinder. Die meisten dürften unter den Trümmern ihrer Häuser begraben liegen. In keinem Konflikt weltweit haben die Vereinten Nationen bisher so viele Personal verloren wie in Gaza: 100 Mitarbeiter:innen kamen bei den Angriffen seit dem 7. Oktober ums Leben.

Schon vor dem verheerenden Überfall der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppierungen auf Israel waren in Gaza rund 80 Prozent der Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. 65 Prozent der Bevölkerung litten unter Ernährungsunsicherheit, die hohe Arbeitslosigkeit hatte zwei Drittel unter die Armutsgrenze gedrückt. Die Bevölkerung, von der etwa die Hälfte Kinder und Jugendliche sind, hatte schon keine Perspektive, bevor die vollständige militärische Belagerung begann.

Am 9. Oktober ordnete Israels Verteidigungsminister dann die Abschaltung der Strom- und Wasserversorgung sowie die Einstellung aller Warenlieferungen einschließlich Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff an. Davor kamen täglich im Schnitt 500 Lastwagen nach Gaza. Das ist der Bedarf, um das Gebiet zu versorgen. Als „humanitäre Geste" der israelischen Regierung wurden bis zum 7. November insgesamt 650 LKW nach Gaza gelassen. Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung UNCTAD kommt in ihrem jüngsten Bericht zu dem Schluss: „Grenzschließungen und wiederholte Militäroperationen haben einen Teufelskreis des wirtschaftlichen und institutionellen Zusammenbruchs in Gang gesetzt, der den Gazastreifen zu einem Fall von 'Rück-Entwicklung' gemacht hat."

Die Folgen des jetzigen Krieges sind für die Versorgung der Menschen katastrophal. Laut WHO mussten 14 Kliniken ihren Betrieb einstellen. Das Personal der verbliebenen Krankenhäuser muss um das Leben der Patient:innen bangen. Ohne Strom funktionieren Autoklaven, Inkubatoren, Dialysen und andere lebenswichtige Geräte nicht. Die Lieferung von Treibstoff für die Notstromgeneratoren der Kliniken ist überlebensnotwendig und wird durch Israel weiterhin blockiert. Medikamente, Schmerz- und Betäubungsmittel, Antibiotika, Wundauflagen und Desinfektionsmittel sind nicht mehr in ausreichendem Maß vorhanden.

Die Einhaltung des Völkerrechts gewährleisten

Die Debatten in Deutschland der letzten Wochen haben für viele anscheinend zum Ergebnis, dass Israels Armee bedingungslos unterstützt werden muss und dass sie eine vertrauenswürdige Kraft des Guten ist. Dieser Glaube scheint weiterhin größer zu sein, als die Fakten und Zeugnisse von vor Ort, die bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber den zur Verfügung stehenden Quellen ein eindeutiges Bild unbestreitbaren Grauens zeichnen.

Doch Deutschland führt nicht nur eine Debatte. Die deutsche Bundesregierung ist ein politischer Akteur und trägt Verantwortung. Bundeskanzler Scholz war der erste Regierungschef, der Israel nach dem 7. Oktober besuchte, die Bundesregierung und die gesamte Parteienlandschaft in Deutschland haben sich solidarisch mit Israel – was in dieser Situation auch bedeutet: solidarisch mit dem Krieg gegen Gaza – gezeigt und die Bundesregierung hat hierfür einen Freifahrtschein ausgestellt, der sich moralisch aus dem blutigen Überfall des 7. Oktobers ableiten soll.

Fraglos haben sich die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppierungen schwerer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht und müssen dafür zur Verantwortung gezogen werden. Nach wie vor beschießen sie unterschiedslos Ziele in Israel und halten Zivilpersonen als Geiseln fest. Israel wird durch diese Verbrechen jedoch nicht seiner eigenen völkerrechtlichen Verantwortung entbunden. Die vollständige unterschiedslose Abriegelung der gesamten Küstenenklave und die weitgehende Vorenthaltung humanitärer Hilfe nimmt die palästinensische Zivilbevölkerung insgesamt in Haft für die Verbrechen jener Gruppen. Gezielte Angriffe auf nicht militärische Infrastruktur und die Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen.

Dem völkerrechtswidrigen Handeln muss schnellstmöglich ein Ende gesetzt werden. Die Bundesregierung muss, gemeinsam mit anderen Staaten, dringend entsprechenden Druck auf die Kriegsparteien ausüben, um ihrer völkerrechtlichen Verantwortung zur Verhütung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nachzukommen. Sie sollte weiter die wichtige Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterstützen und dem Chefankläger jede erforderliche Hilfe anbieten, um weitere Massengräueltaten zu verhindern und diejenigen zur

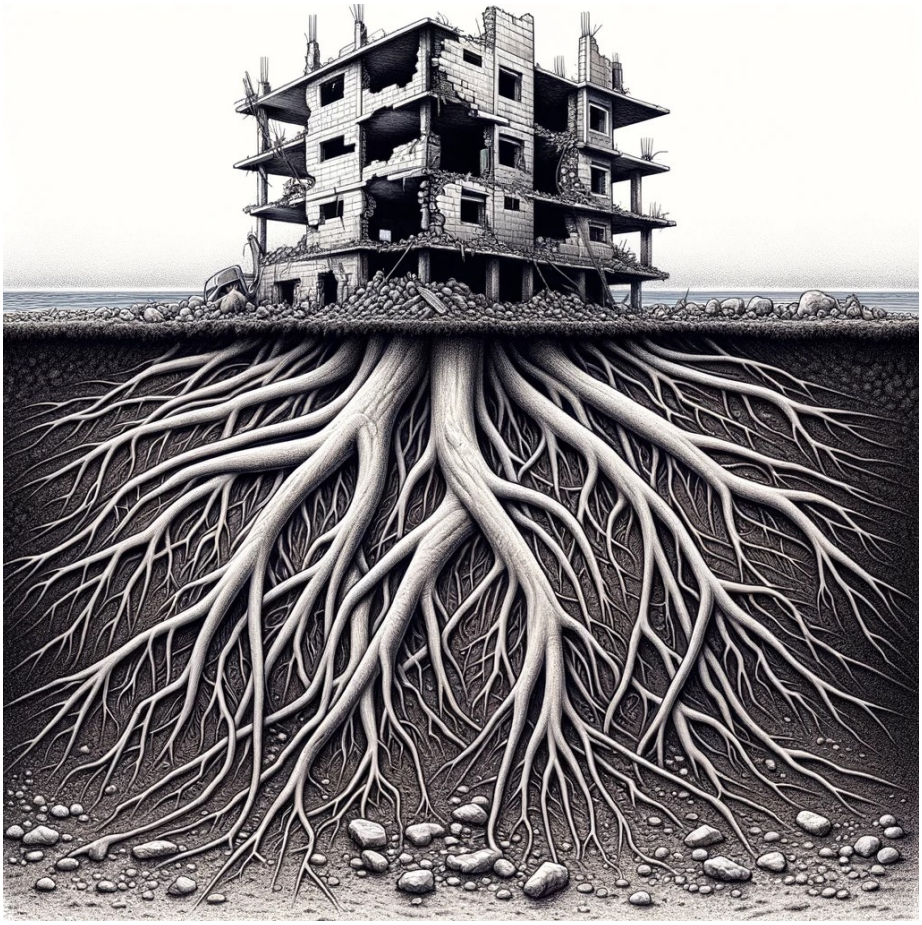
Verantwortung zu ziehen, bei denen der Verdacht auf Beteiligung an Straftaten unter dem Römischen Statut oder Verantwortung für solche besteht.

Ein politischer Horizont ist notwendig. Es ist an der Zeit, mit den Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan eine politische Perspektive zu entwickeln. Nur so kann Sicherheit jenseits der militärischen Macht geschaffen werden. Rechte und Sicherheit wird es entweder für alle geben, oder aber für niemanden.

medico international am 10. November 2023

Home with deep roots
Heimat mit tiefen Wurzeln

Von Mahmoud abu Maliq



Kurznachrichten – 10.11.2023

- **Israel korrigiert Zahl der Toten durch Hamas-Angriff nach unten**

Israel korrigiert die Zahl der Toten durch den Hamas-Angriff vom 7. Oktober nach unten. Bei dem Überfall der Terrororganisation seien rund 1.200 Menschen in Israel getötet worden, teilt Außenministeriumssprecher ***Lior Haiat*** mit. Die israelische Regierung hatte zuvor von 1.400 Opfern gesprochen. Nach israelischer Zählung verschleppten die Islamisten der Hamas zudem etwa 240 Geiseln.

- **Rotes Kreuz alarmiert über Zustand des Gesundheitssystems im Gazastreifen**

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zeigt sich alarmiert über den Zustand des Gesundheitssystems im Gazastreifen. "Überlastet, knappe Vorräte und zunehmend unsicher: Das Gesundheitssystem in Gaza hat einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt und das Leben tausender Verletzter, Kranker und Vertriebener gefährdet ist", erklärt das IKRK.

"Die Zerstörung von Krankenhäusern in Gaza wird unerträglich und muss aufhören", fordert die Organisation. IKRK-Teams hätten in den vergangenen Tagen "entsetzliche Bilder" gesehen, die "aufgrund der verschärften Feindseligkeiten noch schlimmer geworden" seien. Dies habe erhebliche Auswirkungen auf Krankenhäuser und Rettungswagen.

- **Spanischer Ministerpräsident Sánchez spricht mit Scholz über Zweistaatenlösung**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez haben in Málaga unter anderem über den Krieg im Gazastreifen gesprochen. "Wir sind uns einig, dass es dringend notwendig ist, Friedenslösungen für den Nahen Osten zu finden (...)", schreibt Sánchez nach dem Treffen am späten Abend auf X.

In einer Mitteilung der spanischen Regierung heißt es dazu: Man habe die "Notwendigkeit erörtert, die internationale Gemeinschaft einzubeziehen, um eine endgültige Lösung zu finden, die die Koexistenz zweier Staaten, Israel und Palästina, in Frieden und Sicherheit ermöglicht."

- **WHO: Alle zehn Minuten kommt ein Kind im Gazastreifen ums Leben**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die Situation im Gazastreifen als äußerst desaströs beschrieben. "Im Durchschnitt wird in Gaza alle zehn Minuten ein Kind getötet", sagt WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus vor dem UN-Sicherheitsrat. "Es ist nirgendwo sicher und niemand ist sicher", sagt er, da immer mehr Menschen in immer kleinere Räume fliehen würden. Im vergangenen Monat habe es mehr als 250 Angriffe auf Krankenhäuser im Gazastreifen gegeben, zudem über 25 in Israel.

- **WHO: Situation in Gaza "äußerst desaströs"**

Die WHO hat die Situation im Gazastreifen als äußerst desaströs beschrieben. Laut WHO-Chef Tedros ist die Hälfte der 36 Kliniken nicht mehr in Betrieb. Die übrigen seien überfüllt.

- **Macron fordert Israel zur Einstellung von Bombardierung auf**

Der französische Präsident Emmanuel Macron fordert Israel zur Einstellung der Bombardierung des Gazastreifens auf. Zudem müsse Israel aufhören, Zivilisten zu töten, sagt Macron in einem Interview mit der BBC. Es gebe "keine Rechtfertigung" für die Bombardierung. Außerdem käme Israel ein Waffenstillstand zugute.

Auf die Frage, ob er wolle, dass sich andere Staats- und Regierungschefs - auch in den Vereinigten Staaten und Großbritannien - seinen Forderungen nach einem Waffenstillstand anschließen, sagt Macron: "Ich hoffe, sie werden es tun".

- **Macron fordert Waffenruhe - Netanjahu hält dagegen**

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat die Vorwürfe Macrons umgehend zurückgewiesen. "Die Verantwortung für das Leid der Zivilisten liegt bei der Hamas, nicht bei Israel. Während Israel alles in seiner Macht Stehende tut, um Zivilisten zu verschonen, und sie dazu aufruft, die Kampfgebiete zu verlassen, missbraucht die Hamas sie als menschliche Schutzschilde und tut alles dafür, um zu verhindern, dass sie in sicherere Gegenden gehen", schreibt Netanjahu auf der Nachrichtenplattform X, ehemals Twitter.

- **Islamisch-arabisches Gipfeltreffen in Saudi-Arabien**

Saudi-Arabien wird am Samstag ein islamisch-arabisches Gipfeltreffen in Riad in Saudi-Arabien veranstalten. Wie das saudische Außenministerium am späten Freitag mitteilte, ist das gemeinsame Treffen eine Reaktion auf die Umstände im Gazastreifen zu sehen. Die Länder hätten die Notwendigkeit gesehen, ihre Anstrengungen bündeln und eine gemeinsame Position vertreten zu wollen, erklärt das Ministerium. Saudi-Arabien sollte am Samstag eigentlich Gastgeber zweier unterschiedlicher Treffen sein. Einerseits war der Gipfel der Organisation für Islamische Zusammenarbeit und andererseits der Gipfel der Arabischen Liga geplant. Die beiden Veranstaltungen seien nun zusammengeführt worden und fänden als ein großes Gipfeltreffen der arabischen Länder statt, erklärt das Ministerium weiter.

- **Baerbock wirbt offenbar in Riad für humanitäre Pausen im Gaza-Krieg**

Außenministerin Annalena Baerbock hat bei ihren Krisengesprächen zum Gaza-Krieg in Saudi-Arabien erneut für humanitäre Feuerpausen zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung im Gazastreifen geworben. Es habe bei den Gesprächen mit Vertretern Katars und Saudi-Arabiens Einigkeit bestanden, "dass es humanitäre Feuerpausen braucht, die auch Versorgung mit humanitärer Hilfe erlauben", hieß es am Samstag im Anschluss aus Kreisen der Delegation der Außenministerin.

- **Dutzende Botschafter bei UNO halten Schweigeminute für Tote im Gazastreifen ab**

Rund 40 Botschafter am Sitz der Vereinten Nationen in Genf haben eine Schweigeminute für die Toten der Kämpfe im Gazastreifen abgehalten. An der Schweigeminute beteiligten sich

überwiegend Vertreter von mehrheitlich muslimischen Ländern. Auch unterzeichneten die Diplomaten einen gemeinsamen Appell an die internationale Gemeinschaft, für ein Ende der Kämpfe im Gazastreifen zu sorgen und die humanitäre Notlage im Gazastreifen zu beheben.

- **Israel verkündet "taktische" Pause und zwei Fluchtrouten in Gaza**

Israels Armee hat den Bewohnern im Norden des heftig umkämpften Gazastreifens am Samstag erneut zwei sichere Fluchtkorridore in Richtung Süden in Aussicht gestellt. Für das Flüchtlingsviertel Dschabalia wurde zudem eine "taktische" Pause der Kämpfe verkündet. Die "militärischen Aktivitäten" sollen in dem Viertel im Norden des Küstenstreifens zwischen 10.00 Uhr und 14.00 Uhr (9.00 Uhr bis 13.00 Uhr MEZ) für "humanitäre Zwecke" ausgesetzt werden, teilte das Militär am Samstag auf der Plattform X mit. Die Bewohner sollen das Zeitfenster den Angaben zufolge auch dafür nutzen, um sich in den Süden des Küstengebiets zu begeben. "Bitte schließen Sie sich zu Ihrer Sicherheit den Hunderttausenden Einwohnern an, die in den letzten Tagen in den Süden gezogen sind", schrieb ein Armeesprecher auf Arabisch auf X. Außerdem könnten die Menschen auch einen zweiten Weg an der Küste für die Flucht in den Süden nutzen, hieß es weiter.

- **Bayern will "Vom Fluss bis zum Meer" als verbotenes Kennzeichen der Hamas ahnden**

Der bei pro-palästinensischen Demonstrationen verwendete Slogan "Vom Fluss bis zum Meer" wird in Bayern künftig strafrechtlich verfolgt. Das sagte der Münchner Oberstaatsanwalt Andreas Franck der "Süddeutschen Zeitung" vom Samstag. Wer Propagandamittel von verbotenen Organisationen öffentlich verwende, der werde nach Paragraf 86a des Strafgesetzbuchs belangt.

Der Satz "From the river to the sea, Palestine will be free" bedeutet, Palästina solle frei sein vom Fluss Jordan bis an die Mittelmeerküste, also auf dem Gebiet, auf dem heute auch der Staat Israel existiert.

Will Bayern auch Netanjahu belangen?

Dem Auswärtigen Amt und der Bundesregierung ist es wohl bekannt, dass die israelische Regierung das gesamte Gebiet vom Mittelmeer bis zum Jordan als jüdisches Land betrachtet.
MP Benjamin Netanjahu hat selbst am 22.9.2023 vor der UN-Vollversammlung eine Israelkarte „vom Mittelmeer bis zum Jordan" ohne die Westgebiete und den Gazastreifen gehalten und löste eine weltweite Empörung aus.

Eigentlich müsste Bayern auch Netanjahu und seine Regierung ahnden, oder?

Sie interessieren sich für die Arbeit der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.
und möchten Mitglied werden?
Füllen Sie dazu bitte das Aufnahmeformular aus.
http://dpg-netz.de/wp-content/uploads/2017/09/Mitgliedwerden.pdf